

Sandra Hinchman

**Obamas Katrina?**

*Am 20. April 2010 explodierte die Bohrinsel Deepwater Horizon und leitete eine der schlimmsten Umweltkatastrophen der Geschichte ein. Für die Regierung der Vereinigten Staaten und Präsident Obama begann ein Kampf gegen Windmühlen.*

**Sandra K. Hinchman**

ist Professorin (em.) der Politologie an der St. Lawrence University, wo sie sich u.a. auf Politische Theorie konzentriert.

hinchma@clarkson.edu



Die Explosion der Bohrinsel *Deepwater Horizon*, die die Golfküste Amerikas in eine vergiftete Ödnis verwandelte, hat auch der Präsidentschaft Barack Obamas erheblichen Schaden zugefügt. Wegen der in den ersten Monaten seiner Amtszeit ergriffenen Initiativen einst als der »grüne Roosevelt« gefeiert, hat er nun weit und breit Tadel für seine angeblichen Missgriffe geerntet. Die Kritiker weisen besonders auf drei Fehler hin: die Bohrlizenzen, die trotz der häufigen Vernachlässigung geltender Umweltschutzmaßstäbe an die BP-Firma ausgestellt wurden; das Versagen der Kontrollbehörde, die solchen Ölkatastrophen vorbeugen soll; und das Vertrauen der Bundesregierung in technische Gutachten der Firma BP, durch die sowohl das Ausmaß des Desasters als auch die Herausforderungen der vorgeschlagenen Lösungen bereits in frühen Phasen der Krise unterschätzt wurden. Die potenzielle politische Gefahr dieser Versäumnisse für den Präsidenten tritt klar an den Parallelen zutage, die viele zwischen seinen Reaktionen auf die Ölpest und denen seines Vorgängers, George W. Bush, auf die Folgen des Hurrikans Katrina gesehen haben.

Im Gegensatz zur Bush-Cheney-Regierung, die bekanntermaßen einen »Krieg gegen die Wissenschaft« geführt hatte (be-

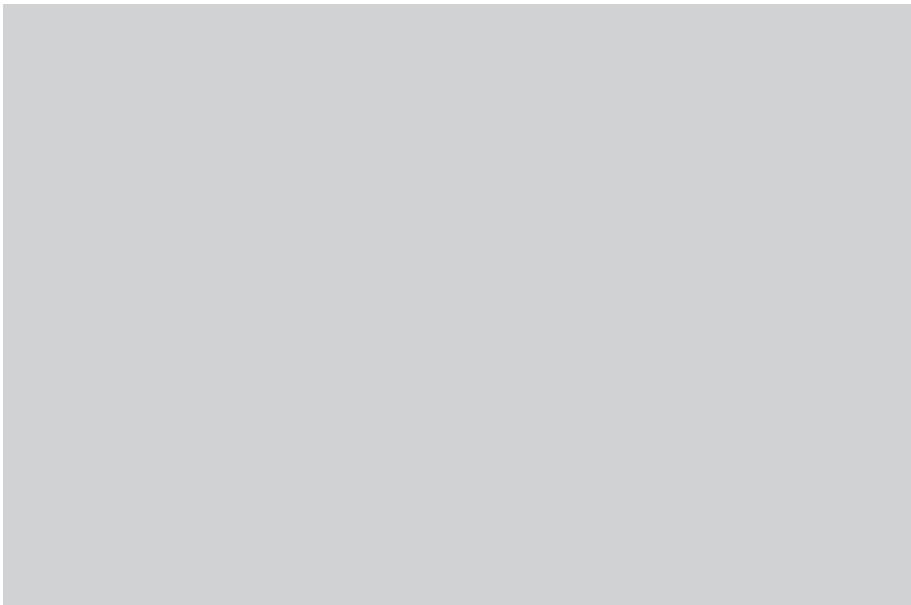
sonders auf dem Gebiet der Energie- und Klimapolitik) und generell der »Realitätsverweigerung« in Umweltfragen bezichtigt worden war, hat Obama von vornherein begriffen, wie ernst Umweltrisiken genommen werden müssen und wie behutsam die Menschen sein sollten, wenn sie komplexe Ökosysteme ihren technischen Imperativen unterzuordnen versuchen. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die den Ölkonzernen beispiellosen Zugang zu den Machthabern im Weißen Haus und deshalb Einfluss auf die Energiepolitik gewährt haben, versteht Obama die Notwendigkeit einer staatlichen Aufsicht über risikobeladene Industriebranchen wie diese. Er sieht außerdem ein, dass der Übergang von fossilen Brennstoffen zu umweltfreundlichen Energiequellen dringend in die Wege geleitet werden muss. Daher die Fragen: Wie und warum ist die schlimmste amerikanische Umweltkatastrophe gerade in der Obama-Amtszeit entstanden? Verdient diese Regierung den Tadel, den ihr so viele zugeteilt haben?

Ironischerweise leistete der Wunsch Obamas, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, dem Desaster Vorschub. Obwohl er der Krankenversicherungsreform Priorität gab, hat er auch der Umweltschutzbewegung entgegen zu kommen versucht. Er erkor den Nobelpreisträger Steven Chu zum Innenminister und boxte Steuervergünstigungen für Hybridautos durch. Zudem ließ er durch das Bundesumweltschutzamt (EPA) Kohlendioxid als Schadstoff klassifizieren und erlaubte progressiven Staaten wie Kalifornien, Emissionsvorgaben für Kraftfahrzeuge über das Bundesniveau zu erhöhen. Schließlich rettete er 2009 die Klimakonferenz in Ko-

penhagen vor dem Versagen, indem er im letzten Augenblick unter den großen CO<sub>2</sub>-Emissionsländern eine gemeinsame Basis für weitere Verhandlungen fand. Obama rechnete aber damit, dass der Kongress nie eine Kohlenstoffsteuer verabschieden würde; deswegen hat sich seine Regierung strategisch für den Emissionshandel eingesetzt. Jedoch würde sich auch dieser im Senat schwer verkaufen lassen. Deshalb musste Obama Kompromisse schließen, um sich ausreichende Unterstützung für seine Energie- und Klimapolitik zu sichern. Zu diesen gehörte die schicksalhafte Entscheidung, nur einen Monat vor der Explosion auf der Bohrinsel, einen seit Jahrzehnten geltenden Stopp gegen neue Ölbohrgenehmigungen in den Gewässern vor den atlantischen und pazifischen Küsten aufzuheben. Obwohl schon vor dem Ölleck an diesem Ort gebohrt wurde, verband das Publikum das Desaster mit der Aufhebung des Stopps.

Die in den Reagan-Jahren entstandene Kultur der Deregulierung hat sowohl dieser Bohrlochkatastrophe als auch der Finanz-

krise des vorigen Jahres den Weg geebnet. Die für Bohrgenehmigungen und Umweltstandards verantwortliche Kontrollbehörde, der *Minerals Management Service (MMS)* im Innenministerium, war schon längst in Misskredit geraten, weil sie so eng mit der Ölindustrie verhandelt war. Während der Amtszeit von George W. Bush haben die Inspektoren häufig Geschenke von der Branche angenommen und Berichte durch die Industrie schreiben lassen. Der MMS hat auch ein Auge zuge drückt, als die Industrie ihre Pflicht, einen Handlungsplan im Falle katastrophaler Öllecke zu formulieren, nicht erfüllte. Verblüffend ist, dass der gegenwärtige Innenminister Ken Salazar trotz seiner scharfen Kritik an ihren Versäumnissen das Personal der Behörde nie ausgetauscht hat. Das Innenministerium hatte bereits vor der Explosion strengere Vorschriften vorgeschlagen, diese aber nie umgesetzt, da BP-Exekutive öffentlich für die Sicherheit und Zuverlässigkeit der aktuellen Praktiken bürgten. Letzten Endes hat das Ministerium zugelassen, dass sich der Status quo ante durchsetzen konnte.



In der ersten Phase der Ölkatastrophe hat die Obama-Regierung zaghaft reagiert, wohl aus Angst, dass energische Eingriffe sie als »Verursacher des ganzen Schlamasells« erscheinen ließen. Der Innenminister hat den MMS in drei Teile zerlegt und einen Stopp gegen neue Bohroperationen befohlen, aber sonst nichts getan. Die persönliche Unerschütterlichkeit, die einst als eine der Stärken Obamas zählte, begann immer mehr den Eindruck von Distanziertheit und Gleichgültigkeit zu erwecken. Unter zunehmendem Druck der Öffentlichkeit und der Medien, sich entschlossener zu engagieren, beauftragte Obama Bundesbeamte, die Aufsicht über die Säuberungsprogramme zu übernehmen. Er ordnete Ermittlungen hinsichtlich der Strafbarkeit des Konzerns an und forderte BP auf, einen unabhängig verwalteten Fonds von 20 Milliarden Dollar für die Opfer der Ölkatastrophe einzurichten.

Anfänglich hat die Republikanische Partei auf die Katastrophe gemäßigt reagiert, bis auf den Abgeordneten Joe Barton aus Texas, der bei den BP-Exekutiven um Entschuldigung wegen der angeblichen »Gauerei« der Obama-Regierung bat. Obwohl seine Parteigenossen von ihm einen Widerruf verlangten, spiegelte seine Bemerkung die wahre, öffentlich proklamierte Einstellung vieler republikanischer Kongressabgeordneten wider. Das überrascht nicht, denn die Partei hat seit eh und je tiefe Beziehungen zum Energiesektor gepflegt. Der Republikanische Gouverneur von Texas hat beispielsweise versucht, die Explosion als einen Akt Gottes umzudeuten, um BP, einen der reichsten Konzerne auf Erden, vor den Folgen ihrer eigenen Schlamperei und Knauserei zu schützen. Es waren vor allem Politiker aus dem Süden, die lauthals nach Geld und Unterstützung der Bundesregierung schrien, obwohl sie in anderen Zusammenhängen *big government* stets gezüchtigt hatten.

Auf nationaler Ebene hielten diejenigen Politiker, die während des Wahlkamp-

fes im Jahre 2008 »drill, baby, drill« skandierten, klugerweise den Mund. In Louisiana und anderen Bundesstaaten am Golf verlangen jedoch viele Politiker schon die Aufhebung des Bohrstopps. Das Problem dieser ärmsten Region des Landes ist, dass ihre Wirtschaft von miteinander unvereinbaren Einkommensquellen abhängt: einerseits von der Förderung fossiler Brennstoffe, andererseits vom Fischfang und Tourismus. Allein im Kreis Terrebonne (Louisiana) stellt der Energiesektor 60 % aller Arbeitsplätze. Louisiana birgt aber auch 40 % aller Küstenfeuchtgebiete in den kontinentalen USA. Ihre Meeresfrüchteindustrie hat einen Wert von 2,4 Milliarden Dollar pro Jahr. Sollte eine dieser Einkommensquellen versiegen, so würde die Wirtschaft des Bundesstaates zerfallen.

### Umweltschutz vs. Profit

Als die Massenmedien während der Krise die Ölkatastrophe als Folge unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen schilderten, zeigten Meinungsumfragen, dass Amerikaner nun Umweltschutz (53 %) für wichtiger halten als das Wirtschaftswachstum (43 %). Demzufolge waren Umweltschützer überzeugt, man könne mit Hilfe der Krise ein Umdenken in Bezug auf den Klimawandel herbeiführen. Ende Juli zerschlugen sich jedoch ihre Hoffnungen, als der Senat die gesamte Klimawandelgesetzgebung vertagte. Um einen Gesetzentwurf zum Klimawandel durchzubringen, heißt es, die Stimmen der Demokraten aus den Kohle- und Ölstaaten zu gewinnen. Ursprünglich wollte Obama sich diese Stimmen mit Hilfe einer Gegenleistung sichern – Aufhebung des Bohrstopps gegen Ölförderung vor den atlantischen und pazifischen Küsten. Nach der Bohrlochkatastrophe war dieses Stück Zuckerbrot nun wertlos geworden, und die Klimawandelkoalition fiel auseinander. Ironischerweise ist also die Klimawandelgesetzgebung das

letzte – und wohl das tragischste – Opfer der Ölpest.

Derweil beziehen die USA immer noch 37 % ihrer Energie aus Erdöl. Wir Amerikaner geben jährlich nur halb so viel Geld für Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen aus wie China. Benzin bleibt mit einem Durchschnittspreis von 75 US-Cent/Liter billig. In der Tat sind (inflationsbereinigte) Benzinsteuern heute geringer als während der Energiekrise der 70er Jahre. Trotz der Ölpest nimmt die MMS-Nachfolgebehörde weiterhin Bohrgebote von BP entgegen. Es liegen immer noch Pläne vor, in der Arktis zu bohren, einer Lebenswelt, die viel abgeschiedener und zerbrechlicher ist als die des Golfes. Außerdem gewinnen die USA, wie andere Industrieländer, immer mehr Erdöl aus Entwicklungsländern, denen sie die Risi-

ken der Fördertechniken übertragen, eben weil sie schwächere Umweltschutzmaßnahmen haben.

Ist es gerecht, diese Katastrophe der Obama-Regierung in die Schuhe zu schieben, wie es bei Katrina mit Bush geschehen ist? Ja, zum Teil. Aber die Schuld daran geht weiter. In einem Sinne ist die *Deepwater-Explosion* eine spät eintretende Nachwirkung des Deregulierungswahns der Bush-Regierung. Noch mehr: Sie ist das Resultat tiefverwurzelter Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung, ihre Sucht nach fossilen Brennstoffen, die Abneigung gegen Energiesteuern und die Gleichgültigkeit gegenüber der Inkompetenz und Korruption des Staates und seiner Aufsichtsbehörden.

(Aus dem Amerikanischen von Lewis Hinchman.)

Lewis Hinchman

## Tea Party, Oath Keepers und ähnliche Gruppierungen – Background, Weltanschauung und Ziele

*Immer mehr politische Bewegungen in den USA orientieren sich an einer rechts-konservativen Haltung à la Sarah Palin und üben harte Kritik an der Politik Obamas.*

Wer die politische Schlagkraft der *Tea Parties* und anderer rechtsextremistischer Gruppen in Amerika bezweifelt hat, muss nach den Ergebnissen der Republikanischen Vorwahlen und Parteiversammlungen im Frühling von ihr überzeugt sein. Im Bundesstaat Utah kam der erzkonservative Senator Robert Bennett auf den dritten Platz im Nominierungsverfahren seiner Partei, weit hinter zwei Rechtsextremisten. In Nevada siegte die von der *Tea Party* unterstützte Kandidatin Sharron Angle in der Vorwahl für einen Senatssitz. Sie verspricht, das Bundesumweltschutzamt (E.P.A.) und sogar die staatlichen Altersrenten abzuschaffen. Der Republikanische Gouver-



Lewis Hinchman

(\* 1946) ist Professor für Politikwissenschaft an der Clarkson University in Potsdam/New York. Veröffentlichte 2007 gemeinsam mit Thomas Meyer das Buch: *The Theory of Social Democracy*.

lhinchma@clarkson.edu

neur von Florida Charlie Crist wollte auch für einen Senatssitz kandidieren, seine Partei verweigerte ihm jedoch trotz seiner hohen Quoten die Nominierung zu Gunsten eines »hardliners«. Crist will nun als Unabhängiger in den Wahlkampf eingreifen. Und im Bundesstaat Kentucky hat der